

Da Hypazidität des Magensaftes besteht, wirkt Salzsäure oft als Heilmittel. Auch die Behebung von Frauenleiden führt zur Heilung. Am häufigsten erkranken Kniegegend, Unterschenkel und Ellbogenbeuge.

Herr **Heyrovsky**: Antethorakale Oesophagusplastik nach **Roux**.

Nach dem ersten Akt der Operation wurde es bei einem jungen Manne wegen einer Pylorusstenose notwendig, eine Gastroenterostomia anterior mit langer Schlinge anzulegen.

Vier Jahre später erkrankte der Mann unter den Zeichen eines hohen Dünndarmverschlusses. Die Operation ergab eine ascendierende Invagination entgegen der Richtung der Peristaltik. Da eine Desinvagination unmöglich war, wurde das invaginierte Darmstück reseziert, das oberste Stück der Anastomosenschlinge belassen und Seite zu Seite mit den benachbarten Darmstücken vereinigt. Heilung p. p.

Herr **Bondi**: Ueber Habitus im allgemeinen und Diabetikerhabitus im besonderen.

Diabetiker zeigen Rötung des Gesichtes, Neigung zur Fettleibigkeit, starke Behaarung der Brust und leicht vortretende Bulbi bei normaler Lidspalte.

Ein Habitus oder Typus ist wegen des Wechsels der einzelnen Merkmale sehr schwer fassbar, so dass B. das Verfahren empfiehlt, die scharf charakterisierten einzelnen Merkmale statistisch zu bewerten. K.

## Aus ärztlichen Standesvereinen.

### Kommission für soziale Hygiene des Münchener Aerztevereins für freie Arztwahl.

Zu dem in der vorigen Nummer erschienenen Bericht über die Sitzung vom 4. IV. d. J. ist noch nachzutragen: Herr **Kastl** betont, wie wesentlich für die Ausbildung der gerügten Missstände die seit dem Jahre 1884 immer drückender gewordenen wirtschaftlichen Verhältnisse der Aerzte, namentlich die niedrigen Kassenhonorare gewesen seien und dass deshalb bei einer Neuregelung des Arztwesens dieser Gesichtspunkt mit an erster Stelle zu berücksichtigen wäre; und Herr **Pettenkofer** schlägt, indem er sich diesen Ausführungen anschliesst, vor, die Frage vor dem Forum einer allgemeinen Aerztersammlung zur Aussprache zu bringen und die vorgetragenen Thesen vorher den Kollegen bekannt zu geben.

### Allgemeine Studentenversammlung in München.

Am Sonntag, den 10. Mai, fanden sich im Audit. maximum der Universität Dozenten und Studierende in grosser Zahl zusammen, um über die stürmische jüngste Vergangenheit der Hochschule und ihre Zukunft zu sprechen.

Prorektor Geh. Rat Fr. v. Müller eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis auf die Not des Vaterlandes, die dazu veranlasse, das Sommersemester nicht vor dem 16. Juni zu eröffnen, um den Studenten Gelegenheit zu geben, in Freikorps einzutreten; Nachteile für ihren Studiengang dürften ihnen daraus keinesfalls erwachsen.

Prof. Dr. **Nawiasky** legte sodann die einzelnen Möglichkeiten dar, jetzt mit der Waffe dem Ganzen zu dienen, sei es bei Reichswehr, Wachregiment oder Einwohnerwehr und verbreitete sich besonders ausführlich über die Bedingungen zum Eintritt ins bayerische Schützenkorps Epp, als die dem Studierenden am nächsten liegende Form des vaterländischen Dienstes.

Auch Rechtspraktikant **Hemmeter** warb für das Korps Epp, indem er mit begeisterten Worten die Eindrücke wiedergab die er als Kanonier dort gewonnen.

Ein Stück Revolutionsgeschichte der Alma mater entrollte der Studierende **Wölfel** als Mitglied des Aktionsausschusses der Universität.

An der Modernisierung der Hochschule arbeiteten nach einander und vielfach gegeneinander der allgemeine Studentenausschuss und Kriegsteilnehmerverband zusammen mit dem Lehrkörper, dann ab 5. April ein Studentenrat und ein aus Studenten, Professoren und Beamten zusammengesetzter Betriebsrat.

Die Ausrufung der Räterepublik am 7. April brachte auch der Universität Radikalismus und Terror in Gestalt eines von der Gruppe sozialistischer Akademiker rasch aufgestellten revolutionären Hochschulrats

In all diesen Stürmen beharrte der Senat unerschütterlich auf dem Standpunkt der Würde und Vernunft und liess sich auch durch das von Dr. **Muckle** als offiziell verbreitete Märchen von seiner Absetzung nicht beirren. Um die durch den Hochschulrat gestörte Arbeit fortführen zu können, wurde ein Aktionsausschuss aus Ordinarien, sonstigen Dozenten, Beamten und Studenten gebildet, der in der Handelsschule in aller Stille arbeitete, während der revolutionäre Hochschulrat mit gewaltsamer Abnötigung der Dekanatschlüssel und Akten, mit willkürlichen Verhaftungen und Abhaltung einer politischen Hetzversammlung im Audit. maximum sein schändliches Wesen trieb.

Den Inhalt dieser Arbeit schilderte Prof. Dr. **Rothenbücher**, der Vorsitzende des Aktionsausschusses. Nicht mit dem Bau von Luftschlössern hat man sich da beschäftigt, sondern nur mit Erreichbarem

und Zunächstliegendem. Schon das nächste Semester bot Aufgaben genug. Unbemittelten Kriegsteilnehmern soll der Genuss von Kolleggeldbefreiung und Stipendien erleichtert werden, ja sogar um eine erkleckliche staatliche Geldhilfe wurde eingegeben. Weitere Erleichterungen der Prüfungen — event. Erlassung eines Nebenfaches bei Doktorprüfungen u. a. — stehen in Aussicht. Im Lehrbetrieb soll das Kolloquium weiter ausgebaut werden, Gastvorlesungen in längeren und kürzeren Perioden sollen bedeutenden, ausserhalb des Lehrkörpers der Hochschulen stehenden Männern ermöglicht werden. Noch bevor die Pläne der Volkshochschule fertiggestellt sind, soll sofort mit Abendvorlesungen gediegenen, allgemein bildenden Inhalts begonnen werden, die gegen geringes Eintrittsgeld jedermann offenstehen und den Bedürfnissen der Arbeiterschaft besonders entgegenkommen werden.

## Kleine Mitteilungen.

### Zum Gebärstreik.

„Es ist höchste Zeit, dass dieser Propagandatätigkeit im Namen des wahren Volkswohls mit aller Energie entgegengetreten werde.“ Diese Forderung erhebt Herr **Burgdörfer** in Nr. 16 der M.m.W. und betritt sofort den ausserordentlich wertvollen Weg in seiner schönen wissenschaftlichen Darlegung der erschreckenden Bevölkerungsentwicklung Bayerns während des Krieges und durch denselben.

Wir Aerzte müssen aber unsere Energie nicht nur in unseren wissenschaftlichen Zeitschriften verwerten. Da verpufft sie in ihrer Auswirkung. Wir müssen an die Quelle des Übels gehen und dort unsere ganze Energie und unsere Ueberzeugungskraft ansetzen, soll ein Erfolg gezeitigt werden. Das bedeutet in dem vorliegenden Falle des Gebärstreikes, dass wir zu den Zeugenden und Gebärfähigen selbst uns begeben und auf sie einzuwirken suchen.

Aus diesen Erwägungen heraus, hatte ich es unternommen, an dem Orte selbst, wo der Gebärstreik proklamiert wurde, mich einzufinden und durch ruhige Ueberzeugungsrede zu wirken.

Die von Herrn **Burgdörfer** angezogene kommunistische Versammlung fand in einem der grössten Säle Münchens (dem Mathäerbräu) statt. Mehrere Tausend Menschen beiderlei Geschlechtes überfüllten den Riesensaal.

Schamlos und für uns Aerzte beschämend, war es, dass ein junger bebrillter Student, dessen Name verschwiegen sein soll, ein cand. med. (!) in überlegenem autoritärem Tone die Forderung des uneingeschränkten künstlichen Abortus erhob! Er führte aus, dass jeder Mensch die uneingeschränkte Freiheit über seinen Körper, dass jede Frau das Recht habe, ihre Leibesfrucht von jedem beliebigen Menschen abtöten zu lassen! Nicht etwa nur durch Aerzte!

Die Belehrung dieses Mediziners fand denn auch den stürmischen Beifall der Menge und es war bemerkenswert, dass sich in dieser Zustimmung insbesondere der weibliche Teil nicht genug tun konnte!

Dem gegenüber nahm ich es auf mich, aufklärend zu wirken. Ich muss konstatieren, dass die erregte Menge meine Ausführungen mit grosser Aufmerksamkeit entgegennahm. Das ist ja eines der erfreulichen Momente in der gegenwärtigen gärenden Zeit, dass in den Menschen ein ungeheurer Drang besteht, auch an den geistigen Dingen Anteil zu nehmen. Meine Ausführungen, dass die angepriesenen Mittel gegen eine Schwängerung meist versagten, dass sie dem Volke Opfer an Geld, und Enttäuschung brächten, dass sie gesundheitlich schädigend seien, fanden nur den Widerspruch gewisser, sichtlich an dem Vertrieb solcher Mittel beteiligter und interessierter Männer.

Wichtiger erschien es mir, die Ausführungen jenes cand. med. zu bekämpfen. Ich bin mir aber wohl bewusst, dass jene schrankenlose und gewissenlose Forderung mehr Zustimmung gefunden hatte, als meine Gegenforderung. Immerhin bin ich sicher, dass meine Warnungen von den lebensbedrohenden Gefahren des künstlichen Abortes grossen Eindruck machten.

Mehr noch lag mir daran, die Idee, die der Versammlung zugrunde lag, herauszuarbeiten und zur nachdenklichen geistigen Verarbeitung zu bringen. Ich ersuchte die Leute, insbesondere die Frauen und Mädchen, mit mir den Vorgang des Gebärstreikes durchzudenken. Man horchte auf, als ich frug, was dann geschehen solle, wenn doch eine Schwangerschaft eingetreten sei? Wollen sich die Frauen alsdann wirklich den lebensbedrohenden Eingriffen gewissenloser und gewinnsüchtiger Menschen aussetzen? Denn kein gewissenhafter Arzt würde sich zu diesem schändlichen Werke herbeilassen. Als ich des weiteren sagte, dass in jedem Weibe mit der Schwangerschaft doch ein ganz anderes, tieferes Gefühl in ihr Inneres einziehe, das Muttergefühl, das sich gegen den Kindermord auflehnen werde ... da erhob sich — und das ist für die Psychologie der gegenwärtigen abnormen Zeit sehr bemerkenswert — ein Sturm des Widerspruchs: „Was verstehen Sie vom Muttergefühl? Sind Sie ein Weib?“ tönte es mir entgegen, und zwar wieder vielfach aus dem Munde mehr oder weniger älterer Frauen!

Nachdem dieser Sturm verklungen war, frug ich, ob denn kein anderer Weg sei, die im Mutterleibe des gegenwärtigen Geschlechtes heranwachsenden Kinder dem neuen Staate nutzbar zu machen? „Der neue Staat müsse für das kommende Geschlecht sorgen, wenn es die eigene Mutter oder der Vater nicht können oder nicht wollen.“

Staatliche Mutterhäuser mögen geschaffen werden, moderne Findelhäuser, in denen ein Teil des neuen Volkes herangezogen werden solle. ..."

Die Wirkung dieses meines Vorschlages war eine gewaltige: Lauter, lebhafter Widerspruch von allen Ecken des weiten Saales. Erregte Diskussionen unter der Menge, Zustimmung, Widerspruch. Zurufe: „Dann gibt es ja noch mehr Kinder! Wir machen keine Kinder mehr! Macht Eure Kinder selber. ...“

Nachdem sich der Sturm gelegt hatte, sagte ich: „Mehr wollte ich nicht, als die Idee unter Euch zu werfen, dass der Staat für Eure Kinder sorgen soll, wenn Ihr es nicht könnt oder nicht wollt; diejenigen Frauen vor dem Morde an ihrem Kinde zu bewahren, die doch etwas wie Mutterempfinden hat ... denkt diese Idee einmal durch! Nach meinen Ausführungen konnte ich mit Genugtuung konstatieren, dass eine sehr lebhaft ausgesprochene in der grossen Menge einsetzte ... die Idee begann ihren Marsch.“

Wenn ich das hier schildere, so soll es eben beweisen, dass wir uns nicht scheuen dürfen, unsere Ideen persönlich in die Menge zu werfen, wollen wir für unsere Ziele tätig wirken und einen Erfolg erzielen. Bemerkenswert ist aber noch der Umstand, dass die Leute ganz richtig und mit gutem Instinkt erkannt haben, dass die Findelhäuser, wie ich sie seit Jahren erstrebe, in der Tat zu einer Vermehrung der Bevölkerung führen werden. Wenn sich, insbesondere auch aus ärztlichen Kreisen, Widerstände gegen meine Findelhausbestrebungen erheben, weil sie sich keine Volksvermehrung davon versprechen, so leitet diese Widersacher sicherlich nur theoretisches Bedenken. Das Volksempfinden ist da, wie so oft, ein richtiges.

Wie sehr mein Auftreten — das, wie ich gestehen muss, nur gegen starke Hemmungen meines Wesens sich durchsetzte — von Erfolg war, erwies sich in den nächsten Tagen, da eine Anzahl von Frauen zu mir kam, die teils selbst in jener Versammlung waren, teils von ihren dort anwesenden Männern zu mir geschickt wurden. Sie holten sich Rats wegen ihrer Schwangerschaft, der ihnen gewiss zum grösseren Vorteil war, als der schamlose Ruf des erwähnten cand. med.

Und immer mehr Anliegen kommen an mich heran, als ob ich schon imstande wäre, Frauen und Kinder in bestehenden Findelhäusern unterzubringen. Sobald diese im Erstehen sein werden, werden sie ganz unzweifelhaft ihren Segen verbreiten.

Wir Aerzte aber müssen Fühlung nehmen mit dem Volke, wenn wir für das ganze Volk wirken sollen. Das ist ja eines der Hauptziele in der Reform der ärztlichen Betätigung: Darum legt den mittelalterlichen Hochmut ab und zeigt dem Volke durch die Tat, dass wir seine Nöte verstehen und ihm werktätig zu helfen bereit sind.

Dr. Max Nassauer - München.

## Tagesgeschichtliche Notizen.

München, den 14. Mai 1919.

— Am 7. Mai hat in Versailles die Uebergabe der Friedensbedingungen an die dahin entsandten Vertreter der deutschen Regierung stattgefunden. Es war der Tag der tiefsten Erniedrigung, den Deutschland in seiner wechselvollen Geschichte erlebt hat. Denn diese Bedingungen sind so demütigend, so grausam und so unvereinbar mit einer gesunden Weiterentwicklung des Volkes, dass sie mit Recht als ein Todesurteil bezeichnet wurden. Nichts soll Deutschland gelassen werden; vernichtet oder geraubt werden seine reichsten Provinzen, seine Bodenschätze, sein Vermögen, seine Industrie, sein Handel, seine Flussläufe und Kanäle, seine Kolonien, seine Stellung im Ausland, seine Wehrkraft, seine Ehre. Dass diesem allgemeinen Zusammenbruch auch der Niedergang der deutschen Wissenschaft, zumal, weil ihre Pflege die grössten Mittel erfordert, unserer eigenen Wissenschaft, folgen wird, ist ebenso unausbleiblich, wie die unheilvolle Rückwirkung auf die Volksgesundheit. Von welcher unmenschlichen Gesinnung dieser Frieden diktiert ist, zeigt u. a., dass man dem hungernden Volk, das nicht imstande ist seine Säuglinge und stillenden Mütter mit Milch zu versorgen, nahezu eine halbe Million Milchkühe abzuverlangen den Mut hat. Betrogen wurde das deutsche Volk, als es den Versprechungen Wilsons auf einen Frieden der Gerechtigkeit und der Versöhnung Glauben schenkte und, damals noch unbesiegt, seine Waffen auslieferte. Nichts ist von dem völkerbeglückenden Dauerrfrieden Wilsons übriggeblieben; dieser Frieden nach dem Diktat unserer Feinde wird nicht länger währen als die Gewalt, die ihn auferlegt. Den Empfindungen des deutschen Volkes in der furchtbaren Wahl zwischen Annahme und Ablehnung dieses Vertrages hat der deutsche Reichstag in seiner Sitzung vom 12. Mai würdigen Ausdruck gegeben. Sie gipfeln in den Worten des Präsidenten Fehrenbach: „Ex ossibus ultor!“

— Mitwirkung der Aerzte in der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Das Reichsarbeitsministerium schreibt uns: In den Kreisen der Aerzte sind mehrfach Bedenken dagegen erhoben worden, dass in der Verordnung vom 8. Februar 1919 über die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge die Zuziehung von Ärzten zur Kriegsbeschädigtenfürsorge nicht erwähnt ist, während schon bisher eine Anzahl von Ärzten aus ganz Deutschland an den

Beratungen der Sonderausschüsse des bis jetzt bestehenden Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge teilgenommen hat. Diese Befürchtungen beruhen auf einer irrtümlichen Auslegung der Verordnung vom 3. Februar 1919. Der auf Grund dieser Verordnung neu errichtete Reichsausschuss der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge wird nach dem Vorbild des bisherigen Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge Sonderausschüsse als Gutachterorgane einrichten und mindestens in gleichem Umfang, wie das bei dem bisherigen Reichsausschuss der Fall war, ärztliche Sachverständige beiziehen. Auch hat das Reichsarbeitsministerium in den Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung vom 8. Februar 1919, die am 31. März den Regierungen der Einzelstaaten zugehen, ausdrücklich auf die Bedeutung hingewiesen, die der Zuziehung ärztlicher Sachverständiger zu den Beiräten der Hauptfürsorgestellen und der örtlichen Fürsorgestellen zukommt. Es darf daher erwartet werden, dass die Aerzte allerorts auf dem Gebiet der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge in weitgehendem Masse zur Mitarbeit zugezogen werden.

— Mit Ermächtigung der vorläufigen Volksregierung hat das badische Ministerium des Kultus und Unterrichtes nach Anhörung der Landesuniversitäten die Bestimmungen über die Verfassung der Universitäten in verschiedenen Punkten abgeändert. In den Fakultäten haben künftig ausser den ordentlichen Professoren auch Vertreter der etatsmässigen ausserordentlichen Professoren und der nichtetatsmässigen Dozenten (2 und mehr, je nach ihrer Zahl) Sitz und Stimme. Dasselbe ist der Fall bezüglich des akademischen Senats, in welchen künftig auch 2 Nichtordinarien zu wählen sind. Im Plenum sind ausser den den Fakultäten zugehörigen Professoren auch alle etatsmässigen ausserordentlichen Professoren, ferner sämtliche ordentlichen Honorarprofessoren sitz- und stimmberechtigt. Die übrigen Aenderungen sind von untergeordneter Bedeutung.

— In der Vollzugsanweisung des d.-ö. Staatsamtes für Volksgesundheit vom 21. November 1918, betreffend die Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Geschlechtskrankheiten, wurde bestimmt, dass jeder Arzt, der einen Geschlechtskranken untersucht oder behandelt, verpflichtet ist, ihn über die durch die Erkrankung für die Umgebung, insbesondere bei Geschlechtsverkehr bestehenden Gefahren zu belehren und ihm ein von der Behörde herausgegebenes Merkblatt über seine Krankheit einzuhändigen. Beim Staatsamt für Volksgesundheit sind nunmehr solche Merkblätter in Druck erschienen. Die Aerzte werden darauf aufmerksam gemacht, dass diese Merkblätter durch die zuständigen Landesregierungen unentgeltlich zur Verteilung gelangen und allenfalls auch beim Staatsamt für Volksgesundheit in Wien (Gluckgasse 1) bezogen werden können. — In Deutschland ist u. W. noch nichts geschehen, um die Aerzte in der Erfüllung ihrer Belehrungspflicht zu unterstützen.

— Ein der verfassungsgebenden Preussischen Landesversammlung zugewandener Antrag der Abgeordneten Dr. Struve und Genossen verlangt, die Staatsregierung wolle schleunigst einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den die Ueberwachung der Prostitution grundsätzlich umgestaltet wird. Ordnungs- und anstandspolizeiliche Ausnahmebestimmungen sind zu beseitigen, die bisherige Sittenpolizei ist unter völliger Loslösung von der Kriminalpolizei in ein ausschliesslich gesundheitlichen und pfleglichen Zwecken dienendes Amt umzuwandeln.

— Die in diesen Tagen geschlossene Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Dresden ist von rund 106 000 Personen besucht worden. Das von dort in Form von Schriften und Merkblättern entnommene Material geht in die Hunderttausende von Exemplaren.

— Für Schwerhörige hat bisher keinerlei staatliche Fürsorge bestanden. Sie waren auf Selbsthilfe angewiesen und schlossen sich zu Verbänden zusammen, die viel Gutes leisteten. Ihre Macht reichte jedoch nicht aus, um etwas durchgreifendes zu schaffen. Nun hat die Deutsche Wirtschaftsschutzgesellschaft vom grünen Kreuz, Berlin W. 50, die Bildung einer Schwerhörigenzentrale in ihr soziales Programm aufgenommen und bereitet zu nächst die Sammlung eines allen weiteren Arbeiten zugrunde zu legenden umfassenden statistischen Materials vor.

— In Berlin wurde ein „Deutscher Verein zur Fürsorge für jugendliche Psychopathen“ gegründet. Seine Aufgabe ist es, die Erforschung psychopathischer Konstitutionen sowie die praktische Fürsorgearbeit an jugendlichen Psychopathen in Deutschland anzuregen, auszubauen und zusammenzufassen. Vorsitzender ist Liz. Siegmund Schulze, Leiter des städt. Jugendamtes; dem Beirat gehört Prof. Kramer, Arzt an der Nervenpoliklinik der Charitée an. Geschäftsstelle Berlin Nr. 24, Monbigoustr. 3. Jahresbeitrag 10 M.

— Nach der Entscheidung eines preuss. Regierungspräsidenten ist ein Röntgeninstitut nicht als umsatzsteuerpflichtig zu erachten, da es nur ein Mittel zur Ausübung der ärztlichen Praxis ist und nicht besonderen gewinnbringenden Zwecken dient.

— Der vom 6.—8. Mai stattgefundenen Prüfung für den ärztlichen Staatsdienst in Bayern haben sich 4 Aerzte aus den Jahrgängen 1915/18 unterzogen. Sämtliche erhielten die Note II. Die nächste Prüfung findet voraussichtlich am Ende des Sommersemesters statt. Nähere Mitteilung wird rechtzeitig erfolgen.